

Ersteinst
täglich mit Ausnahme Sonntags
und Feiertags

Bezugspreis
vierteljährlich 3 Mk. frei ins
Haus gebracht; durch die Be-
zogener mit Bestellgeld
3 Mk. 17 Pf.

Wochenpreise 25 Pf.
Einzelnnummer 5 Pf., ältere
10 Pf.

Kreis-Zeitung

für den Obermain-Kreis.

Anzeigenpreis
die vierzeilige Spalte 20
Pfg.; im Nachrichten-Teil die
Zeile 15 Pfg. — Nach-
schlag bei späterer Wiederhol-
ung. — Laufende Wohn-
anzeigen nach Vereinbarung.

Geschäftsstelle
Lilienstraße 75, Telefon 414
Postfachamt Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Der steuerfreudige Reichstag.

B. D. Graf Roeder, des Deutschen Reiches Säckel-
wart, kann sich freuen. Der Reichstag bewilligt ihm mehr
neue Steuereinnahmen, als er gefordert hat. Freilich, die
von ihm verlangte Summe von 2,8 Milliarden Mark zur
Deckung des Defizits im Haushaltsplan für 1918 wäre
auch mit den von ihm beantragten 11 neuen Steuern nicht
aufgebracht worden. Im Hauptauschuss wurde ihm nach-
gerechnet, daß trotz seiner vorsichtigen Vorschläge noch
12 Millionen Mark an der Gesamtsumme fehlen würden,
auch wenn man ihm alle seine 11 Vorlagen bewilligte. Es
mußte deshalb wohl oder übel noch eine neue Steuerquelle
erschlossen werden. Da es aber aus sozialpolitischen Grün-
den unmöglich erschien, auch diese 12 Millionen noch
durch weitere indirekte Steuern von den breiten Volks-
massen aufbringen zu lassen, ergab sich von selbst die Not-
wendigkeit, eine Belastung der Wohlhabenden und Be-
sitzenenden ausfindig zu machen, die die fehlende Restsumme
von rund einer Milliarde brächte. So entstand die Forde-
rung des Reichstages nach Einführung einer neuen Besitz-
steuer.

Ueber die Form dieser neuen Besitzsteuer entstand aber
alsbald Streit zwischen der Reichsregierung und der
Volksvertretung. Die einzelstaatlichen Finanzminister
gaben sich die größte Mühe, den alten Grundgedanken auch
wieder hochzuhalten, daß die direkte Besteuerung des Be-
sitzes den Bundesstaaten vorbehalten bleiben müsse, zumal
diese infolge der gesteigerten Kriegsausgaben auf eine
Erhöhung ihrer direkten Staatssteuern bedacht sein müß-
ten. Sie kämpften infolgedessen sehr hartnäckig gegen den
Vorschlag des Hauptauschusses im Reichstag, die Ein-
kommen und die Vermögen von Reichswegen durch eine
direkte Steuer zu erfassen. Nach langem Hin und Her hat
man sich aber schließlich doch geeinigt. Das neue Steuer-
kompromiß, das nach den Erklärungen des Reichs-
sekretärs am Montag Vormittag im Hauptauschuss des
Reichstages als gesichert gelten darf, weil es auch die Zu-
stimmung der einzelstaatlichen Finanzminister gefunden
hat, beruht auf folgender Grundlage: der Reichstag ver-
zichtet auf eine Reicheinkommensteuer und dafür nimmt
die Reichsregierung eine Besteuerung der Mehreinkünfte
während des Krieges und der Vermögen über 50 000
Mark zu. Die Vermögenssteuer soll gestaffelt werden und
1 Prozent bis 5 Prozent betragen. Weiterhin verpflichtet
sich der Reichstag, die vorgeschlagenen indirekten Steuern
im großen und ganzen in den Formen der Regierungsvor-
lagen anzunehmen. Die genaueren Einzelheiten der neuen
Besitzsteuer werden in diesen Tagen noch ausgearbeitet
werden.

Damit ist also die große Steuergehegung dieses
Jahres grundsätzlich beendet. Das deutsche Volk wird eine
Steuerlast in Form von indirekten und direkten Steuern
zu tragen haben, die alle früheren Erwartungen und Be-
rechnungen weit übertrifft. Und doch ist dabei noch gar
keine Rede von einer Abtragung der eigentlichen Kriegs-
schulden. Sie bleibt späteren Zeiten vorbehalten. Nur
die Kriegsgewinnsteuer, die Ende dieses oder Anfang näch-
sten Jahres unabhängig von den gegenwärtigen Steuer-
plänen den Kriegsgewinnern auferlegt werden wird,
kann zur Deckung der eigentlichen Kriegsschulden verwen-
det werden, vorausgesetzt, daß sie nicht noch für dringlichere
Aufgaben bis dahin beansprucht werden muß.

Da gleichzeitig auch die einzelstaatlichen Finanzmini-
ster bedeutende Erhöhungen der Staatssteuern für die
nächste Zeit ankündigen und die Gemeinden ihre Ein-
nahmen ebenfalls erhöhen müssen, hat das deutsche Volk
also reichlich Gelegenheit, seine Opferfreudigkeit gegen-
über dem Vaterlande zu beweisen. Das siegreiche Vor-
dringen unserer unergieblichen Truppen erleichtert ge-
wisß diese vaterländische Pflicht.

Der Wahlrechtskampf in Preußen.

(Landtagsstimmungsbild).

B. Der Bloß der Gegner des gleichen Wahlrechts hat
sich große Mühe kosten lassen, ein neues Kompromiß aus-
zufinden, um die nach seiner Überzeugung verhängnis-
volle Demokratisierung Preußens tunlichst einzudämmen.
Erst am Montag, den 11. Juni, an dem schon in der Vor-
versammlung die Entscheidung fallen sollte, war der Ab-
schluß dieses Kompromisses gelungen, der Ausgleichsan-
trag des Zweistimmwahlrechts unter Belobigung und
Belohnung des beruflichen Tüchtigkeitswertes. Doch kaum
hatte diese Blüte sich an der Öffentlichkeit entfaltet, da
fiel auf sie kälternder Reif aus Regierungshöhen. Der
wimmeln den Schär der Abgeordneten, die durch die poin-
tierten Erklärungen der Abgg. v. Heubrand (Kons.)
Lüdecke (Freikons.), Dr. Forst (Ztr.) und Dr. Bach-
niede (Fortf.) in gesteigerte Spannung, stellenweise in
Erregung versetzt waren, erklärte der Minister des In-
nern Dr. Drews, daß die Regierung auch den neuen Ver-
ständigungsvorschlägen ablehnend gegenüberstehe, abge-

sehen davon, daß sie später von diesem Kompromißwert
in Kenntnis gesetzt worden sei. Der Minister erläuterte
das in wenigen Sätzen über den wichtigen § 3, in dem ihm
das erforderliche Ausmaß an Gerechtigkeit nicht Nieder-
schlag gefunden zu haben scheint. Der eigentliche Wahl-
rechtsminister Dr. Friedberg, der Vizepräsident des
Staatsministeriums begnügt sich diesmal mit der Rolle des
Schweigers und blieb in ruhigem Gleichmut Zuschauer
des zuweilen recht geräuschvollen Sitzungsverlaufes. Nicht
alle Redner wahrten maßvolle Form, wie es die beiden sich
beziehenden nationalliberalen Redner, die Abgg. Dr.
Lukas und Dr. Lohmann, der Sekundant des Rechts-
bunds, taten. Hatte schon Abg. Dr. Bachniede tröstliche Töne
gefunden: „Rechtsraub an Lausenden“, so übergriffen ihn
Abg. Leinert (Soz.) und Strödel (Unabh.), bei
dessen wilden, agitatorischen Reden eine Kette von Ord-
nungsrufen vom Präsidium her niederhagelte. Ver-
gleichsweise sanft sprach der gleichfalls ablehnende Abg.
Korjant (Pole), der einen besonderen Rechtsraub an
der polnischen Nation witterte. Die Einzelbehalte brachte
nur kurze Bemerkungen der Abgg. Gronowski, der im
Interesse der Zentrumsgewerkschaften Herabsetzung der
Besitzsteuer befürwortete und Hirsch (Soz.)

Den Worten folgte nunmehr die Lat der abstimmen-
den Entscheidung. Durch Namensaufruf forderte sie ein
genügend unterstützter Antrag Bachniede, damit das Ur-
teil jedes Abgeordneten vor der Öffentlichkeit klar gestellt
werde. Es galt natürlich den Kompromißvorschlägen im
einzelnen und führte zunächst zur Annahme der Bestim-
mung über dreijährige Staatsangehörigkeit und zweijäh-
rigen Wohnsitz als Wahlrechtsvoraussetzung mit 233 gegen
188 Stimmen. Von besonderer Wichtigkeit war die Ab-
stimmung über den Hauptkompromißantrag Dr. Loh-
manns, der die Zusatzstimmen regelt. Seine Annahme er-
folgte mit der Stimmenmehrheit von 255 gegen 154 Stim-
men. Eine förmliche Demonstration durch die der Regie-
rung wohl vor Augen geführt wurde, daß ein weiterer An-
trag gegen solche Mehrheit vielleicht nicht ganz unbeden-
klich sei. Nunmehr regte Abg. Lukas Vertagung an. Abg.
v. Heubrand wollte aber davon nichts wissen, sondern
das gesamte Wahlrechtswerk noch am Dienstag ausgear-
beitet sehen. Sein Standpunkt drang durch. Die Sitzung
nahm also zunächst ihren Fortgang, doch nur Abg. Braun
(Soz.) kam noch zu Wort. Dann gab der konservative Füh-
rer dem Vertagungswunsch nach, so daß von Mittwoch 11
Uhr an, die Restarbeit an dem so schicksalsreichen Wahl-
rechtsreformwerk fortgesetzt werden kann.

Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts.

Berlin, 11. Juni. (Priv.-Telegr.) Das gleiche
Wahlrecht wurde in namentlicher Abstimmung mit 235
Stimmen der Konservativen, Freikonservativen, der
Rechtsnationalen und eines Teiles des Zentrums
gegen 184 Stimmen der Linken und des größeren Teils
des Zentrums auch in der vierten Lesung abgelehnt.

Die Schlacht südwestlich Noyon.

Erneute Gegenangriffe der Franzosen gescheitert.

Berlin, 11. Juni, abends. (W. B. Amtlich.)

Auf dem Kampffelde südwestlich Noyon sind erneute
Gegenangriffe der Franzosen unter schweren Verlusten
gescheitert.

Der französische Nachmittagsbericht vom 11. Juni.

Gestern abend und während der Nacht dauerte der
Druck des Feindes in der Richtung Estrees-St. Denis-
Ribecourt an. Auf der Linken war der Widerstand un-
serer Truppen wirksam. Der Feind konnte weder Plognon
noch Courcelles nehmen. Das Dorf Nery wurde durch
uns um 10 Uhr abends wieder genommen. Im Zen-
trum richtete sich die Hauptanstrengung der Deutschen auf
die Front Vellon-Marqueglise. Einem mächtigen, mit
großen Beständen geführten Angriff gelang es zunächst,
uns bis an die Krone zurückzuwerfen. Durch eine prächt-
ige Gegenoffensive drängten unsere Truppen den Feind
auf der ganzen Front wieder zurück und besetzten ihre
Stellung auf der Linie südlich von Vellon-St. Maurice, süd-
lich von Marqueglise und Bancelicourt wieder. Auf un-
serer Rechten wurden heftige Kämpfe bei dem waldigen
Massiv nördlich von Breslincourt geliefert. Der Feind,
der in dieser Gegend große Kräfte angesammelt hatte,
konnte Autoval erreichen, indem er unsere Truppen zwang,
ihre Widerstandslinie auch westlich und südlich von Ribecourt
zurückzuverlegen.

Die Stimmung in der Pariser Arbeiterschaft.

B. Berlin, 11. Juni. (Priv.-Telegr.) Der „Berliner
Volksanzeiger“ meldet aus Genf: Zur Beschwichtigung der
Pariser Arbeiterschaft erließ der Pariser sozialistische De-
putierte Brunet einen Aufruf, in dem er angesichts der die
Hauptstadt bedrohenden Gefahren dringend jeder Störung
der öffentlichen Ordnung widerrät. Im gleichen Sinne
wendet sich Renaudel in der „Humanité“ gegen die Elemen-
te, deren Ungebuld eine vorzeitige Räumung von Paris zur
Folge haben könnte.

Die Brandkatastrophe in Istanbul.

Konstantinopel, 9. Juni. (W. B.) „Tasvir-i Efti“
zufolge wird die Zahl der bei dem großen Brande in Stam-
bul eingestürzten Häuser auf mindestens achttausend mit
einer Gesamtbodenfläche von wenigstens 2 1/2 Millionen
Quadratmetern geschätzt. In den letzten zehn Jahren wur-
den durch große Brände ungefähr 20 000 Häuser mit einer
Bodenfläche von mehr als 4 1/2 Millionen Quadratmetern,
das ist ungefähr ein Drittel der Ausdehnung der Stadt,
vernichtet.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., den 12. Juni 1918.

Stadtverordneten-Versammlung

vom 11. Juni.

Teilgenommen an der Sitzung haben vom Magistrat
die Herren Oberbürgermeister Lübke, Bürgermeister Fei-
gen, die Stadträte Arrabin, Hüdmann und Zimmerling
und 18 Stadtverordnete.

Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die Abän-
derung des § 45 der Stadtordnung, betreffend Be-
schlußfähigkeit der Stadtverordneten-
Versammlung. Nach dem Kriegsgezet betreffend
Vereinigung der Verwaltung vom 13. Mai dieses Jahres
ist die Versammlung beschlußfähig, wenn mehr als ein Drit-
tel der Mitglieder (bisher die Hälfte) anwesend ist. Ein
Gemeindebeschuß ist zur Abänderung des erwähnten Pa-
ragraphen nötig. Der Magistrat beantragt einen diesbe-
züglichen Beschluß herbeizuführen. Er hält es für wün-
schenswert, wenn das Gesetz in Kraft tritt. Der Beschluß
der Versammlung lautet auf Abänderung des § 45 wie
vorge schlagen.

Mit dem nächsten Beratungsgegenstand, die Rech-
nung der Orchester-Pensionstasse für die
Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1918 hat sich der Finanz-
Auschuß vorberatend beschäftigt. Er ist, wie der
Vorsitzende bemerkt, nicht dazu gekommen. Die Angelegen-
heit wird deshalb vertagt.

Für die Einrichtungen im Schlachthof zur Regie-
schichtung sind 12 173 Mark zu nachzubewilligen. Auch
diese Kreditergänzung hat den Finanz-Auschuß beschäf-
tigt. Nach dem Referat des Stadtv. Behle, empfiehlt der
Auschuß die Annahme des diesbezüglichen Magistratsbe-
schlusses. Was für die Regieschlachtung angeschafft wurde,
ist gebraucht worden und die Ausstellung über die An-
schaffungen, die ein Beamter fertigte, der davon keine
Ahnung hatte, ist schuld daran, daß der f. 3. verlangte
Kredit zu niedrig bemessen war.

Die einstweilige Schließung des Volkssbades
hat der Magistrat beschlossen, da der Bauverwaltung ge-
meldet wurde, daß der Ofen nur von seinem auswärtigen
Hersteller wieder in Stand gesetzt werden kann. Geplant
wird deshalb die Aufstellung eines Dampfessels mit ei-
nem Kostenaufwand von 1200 Mark. Eine Verlegung
des Volkssbades in die Scherer'sche Fabrik empfiehlt sich
nicht; angeregt wurde dagegen, die Fabrik zu verkaufen
und einen Teil des Erlöses für die Errichtung eines neuen
Volkssbades zu verwenden.

Stadtv. Menges glaubt zu wissen, daß der frühere
Oberbürgermeister Maß einen Fonds für ein Volkssbad ge-
stiftet habe.

Oberbürgermeister Lübke erwidert, daß die löbliche
Absicht dazu bestanden habe, auch nennenswerte Beträge
wären gezeichnet aber nichts zusammengebracht worden.
Ein Fonds bestünde nicht.

Stadtv. Dippel bedauert, daß keine Aushilfsstätte
geschaffen werden konnte. Bis das Bad wieder betriebs-
fähig sei, sei der Sommer um.

Oberbürgermeister Lübke bittet zu bedenken, daß man
hier vor einem Force majeure (deutsch: höhere Gewalt)
stehe und ein anderes System einrichten wolle. Dann
würden im Sommer auch die Freibäder viel benötigt. Er
bittet, die Sache nicht aufzuschieben, denn je länger, je zeit-
raubender und kostspieliger würden die Reparaturen. Das
Wort nahmen noch die Stadtverordneten Behle und
Schlotterer der bemerkt, daß die verlangte Nachbe-

willigung von 1200 Mark zu den bereits bewilligten 1800 Mark hinzukommen. Der Magistratsantrag auf einstweilige Schließung des Volksbades, wird hierauf angenommen.

Die nächste Vorlage, einen Nachtrag zum Vertrag mit dem Eisenbahnsiskus betr. Uebernahme eines Wegerechts, geht an den Magistrat zurück.

Die Wahlperiode des Schiedsmannes Georg Schid ist abgelaufen und die Versammlung nimmt den Vorschlag des Magistrats an, ihn auf die Dauer von drei Jahren wiederzuwählen.

Bürgermeister Feigen findet bei diesem Anlaß Worte der Anerkennung für den Schiedsmann-Stellvertreter, den Stadtverordneten Philipp Holler, der trotz seiner Ueberlastung mit Geschäften die Pflichten seines Amtes gewissenhaft erfüllt habe.

Der 7. Punkt der Tagesordnung betrifft die Verwendung des Erlöses aus dem Abbruch der Wandelhalle. Der Magistrat ist dem Beschluß der Versammlung beigetreten, den Erlös dem Kurfonds zuzuführen. Er stellt indessen den Betrag der A.-G. zur Verfügung, falls sie denselben zur Planierung des Weges, auf dem die Halle gestanden hat, nach vorausgegangener Vorlage bei der Bauverwaltung, oder zu gärtnerischen Anlagen an dieser Stelle für Rechnung der Stadt verwenden will.

Stadtv. Everts widerspricht der Absicht, den Erlös der A.-G. zur Verfügung zu stellen. Der gehöre als Kapital auf das Konto „Kurfonds“ und nur die Zinsen wären zu verwenden.

Oberbürgermeister Lübke erwidert, daß der jetzige Zustand des Platzes nicht so bleiben könne. Den Abbruch der Wandelhalle habe die Kur- und Badeverwaltung seiner Zeit beschlossen, er sei ausgeführt worden und die Stadtverordneten-Versammlung habe den Abbruch nachträglich gutgeheißen. Deshalb sei die Stadt auch zur Wiederherstellung verpflichtet. Die A.-G. habe ein Recht zu verlangen, daß der Platz, auf dem der Bau gestanden, ihr in einem ordnungsmäßigen Zustande übergeben werde.

Stadtv. Everts bleibt dabei, daß die A.-G. die Halle ohne gefragt zu haben abgebrochen hätte. Das sei ein Fehler, den sie begangen habe.

Stadtv. Dr. Pariser macht ebenfalls darauf aufmerksam, daß der Abbruch der Halle nach einer Inspektion am Brunnen, seitens der Kurverwaltung in einer ordnungsmäßigen Sitzung beschlossen wurde. Die A.-G., als Rechtsnachfolgerin der Kur- und Badeverwaltung habe weiter nicht getan, als deren Beschluß nachträglich ausgeführt. Uebrigens gehöre richtig gesehen, nicht der ganze Erlös auf das Konto „Kurfonds“ sondern derjenige Betrag, der nach Abzug der Kosten für den Abbruch und die Wiederherstellung des Platzes verbleibe. So wäre es auch sicherlich gehandhabt worden, wenn die Stadt den Abbruch der Halle in eigener Regie ausgeführt hätte.

Den Stadtv. Everts kann alles, was er gehört hat, nicht überzeugen, auch nicht daß die Kurverwaltung schon den Abbruch der Wandelhalle beschlossen hatte. Weder der Magistrat noch die Stadtverordneten-Versammlung hätten davon etwas gewußt. Der Herr Generaldirektor habe einfach den Abbruch verfügt und die A.-G. habe deshalb für sämtliche Kosten und Schäden aufzukommen. Die städtischen Körperschaften hätten den Abbruch später gutgeheißen, weil ihnen nichts anderes zu tun übrig blieb, und um die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. 1100 Mark wären als Erlös übrig geblieben. Falls der Magistrat bekannt gebe, daß der Erlös für Instandsetzung des Weges oder für gärtnerische Anlagen Verwendung finden würde, sei er bereit seinen Antrag zurückzuziehen.

Die Versammlung beschließt: Der A.-G. ist der Vorschlag des Magistrats anzubieten, die Fläche, auf der die Halle gestanden hat, als Weg, oder gärtnerisch anzulegen, nach Vorlage eines Kostenvoranschlags.

Zu dem letzten Punkt der Tagesordnung, den Abbruch des Palmenhauses betreffend, bemerkt Oberbürgermeister Lübke, er stelle es der Erwägung der Versammlung anheim, darüber in geheimer Sitzung zu verhandeln. Das sei in Fällen, wo sich, wie hier, die Kontrahenten im Widerspruch befinden, gebräuchlich.

Stadtv. Everts bemerkt zu dieser Anregung, daß er gegen eine geheime Beratung keinen Widerspruch erhebe, falls Fragen zur Verhandlung ständen, die sich für die große Öffentlichkeit nicht eignen.

Stadtv. Fischer beantragt: Beratung dieses Gegenstandes in geheimer Sitzung, worauf die Öffentlichkeit ausgeschlossen und auch nicht wieder hergestellt wird.

(Demnach ist durch einen Mehrheitsbeschluß die Verhandlung in breiter Öffentlichkeit abgelehnt worden. Auch ohne die Gründe zu kennen, achten wir den Beschluß der Versammlung, der herbeigeführt wurde (wir nehmen das an) durch die Begründung der Anregung des Herrn Oberbürgermeisters, die vor der Abstimmung gegeben wurde. Wenn die geheime Beratung dazu geführt haben sollte, die Reste des Palmenhauses, welche den Platz hinter dem „Tempel“ seit Wochen verunstalteten, zu beseitigen, hätten wir — für den Augenblick wenigstens — keinen Wunsch mehr übrig. Die Schriftleitung.)

Ht. Geheimkonferenz deutscher Gastwirte? Aus Frankfurt a. M. wird uns berichtet: Am 22. Juni traten hier die deutschen Fachverbände des Gaststätten- und Sanatoriumsgewerbes und der Kurverwaltungen zu einer Reichskonferenz zusammen, an der auch die Reichsbehörden, Vertreter der Bundesstaaten, Abgeordnete der Kommunalverbände usw. teilnahmen. Auf der Tagesordnung soll über brennende Fragen der Lebensmittelförderung für Gaststätten, die Freigabe der überschüssigen Ernährungsmengen an den freien Handel und die Schaffung der Reichsgasthausmarke beraten werden. In einer Zufahrt an die Frankfurter Presse ersucht die einladende Stelle — der Hansabund — von einer eigenen Berichterstattung abzusehen und sich mit einer einheitlichen Niederschrift zu begnügen. Ob damit dem öffentlichen Interesse der Veranstaltung gedient ist, dürfte sehr zu bezweifeln sein.

B. Jugendbewegung. In den Pfingsttagen wurde in Eisenach ein Haus geweiht, das für diesen Sommer die Zentralfürsorge der Neulandbewegung wird. Im Mittelpunkt der zu dieser Gelegenheit veranstalteten „Freizeit“ stand „Pfingstgeist und Neulandgeist“ als Gesamtthema der fünf Vorträge, die dort während des 8-tägigen Zusammenseins der Schar von über 100 jungen Mädchen der gebildeten Stände (aus allen Teilen Deutschlands) von bewährten Führern der Jugend gehalten wurden. Außer der Herausgeberin des Organs der Neulandbewegung, Fräulein Guida Diehl, sprachen: Der Dichter Professor Dr. Friedrich Lienhard-Weimar, der Königl. Seminardirektor Dr. A. Heukner-Kotenburg, Pfarrer Lange-Jöhstadt i. Erzgebirg und Fräulein Lina Lesjeune-Frankfurt am Main.

Die Freizeit und alles, was sonst aus der Neulandbewegung herorgeht, (Studien- und Neulandkreise), will an der inneren Erneuerung Deutschlands mitarbeiten durch ein Erwecken vieler Einzelner zur eigener Erneuerung aus der Kraft dessen, der allein das Recht hat zu sagen: „Ich mache alles neu.“

Eine Pflegestätte dieses Geistes bietet das Neulandhaus in Eisenach. Es ist vorläufig noch kein eigenes Heim, sondern nur ein zu Gast sein bei der Besitzerin des herrlichen am Walde gelegenen und vorzüglich geführten Hotel Waldhaus. Möchte der Neulandbewegung durch die tatkräftige Unterstützung ihrer Freunde bald eine eigene Zentralfürsorge geschaffen werden.

In den Sommerferien vom 8. bis 20. Juli ist eine neue Neulandhaus-Freizeit mit dem Gesamtthema: „Das Christentum und die deutsche Volksseele“ geplant, und vom 22. Juli bis 3. August ein Lehrgang für solche Freunde der Jugend, die ihr gern in Studien- oder Neulandkreisen innerlich weiterhelfen möchten und dazu der Schulung noch bedürfen.

Aufflärende Schriften über die Neulandbewegung, Proben des Blattes „Neuland“ sowie jede nähere Auskunft gibt auf Wunsch das Büro, Eisenach, Neulandhaus.

n. Schöffengerichtssitzung vom 12. Juni. Vorsitzender Herr Amtsgerichtsra. Masse, Gerichtsschreiber Herr Assi. Orthen, Schöffen die Herren Uhrmachermeister Born von hier und Dreher Friedrich Hübsch von Oberursel.

Weil sie die Wahrheit erzählte, stand heute eine Ehefrau von Gonsenheim wegen Beleidigung vor Gericht. Sie konnte eine weitergegebene Äußerung über die hiesige Kriegsschlacht nicht beweisen. Nach zweistündiger Verhandlung wird Vergleich in üblicher Form geschlossen. Die Beklagte übernimmt die Gerichtskosten und zahlt 100 Mark zum Besten der Kriegsschlacht.

Wegen tätlicher Beleidigung klagt eine hiesige Ehefrau gegen einen Nebenmieter. Es erfolgt Vergleich. Der Beklagte zahlt sämtliche Kosten und spricht sein Bedauern aus.

* Ludendorff-Spende. Die Straßensammlung am letzten Sonntag hat die schöne Summe von 3984.83 Mark ergeben, einige kleinere Beträge stehen noch aus.

Aus Nah und Fern.

Frankfurt a. M., 12. Juni. (Priv.-Telegr.) Die Landgräfin von Hessen, geb. Prinzessin Anna von Preußen, das älteste Mitglied des Hauses Hohenzollern, ist heute früh im Alter von 82 Jahren gestorben.

† Frankfurt a. M., 11. Juni. In einem Bornheimer Obstgarten wurden zwei junge Leute, Brüder, als sie von einem Baum Kirchen pflückten, von dem Gartenbesitzer, der im Hinterhalt auf Diebe lauerte, angeschossen. Der ältere Bruder mußte dem Krankenhaus zugeführt werden, der jüngere ist zu Hause in ärztlicher Behandlung. Gegen den Gartenbesitzer wurde Anzeige erstattet. Auf den Ausgang des Prozesses darf man gespannt sein.

† Oberlahnstein, 11. Juni. Vor kurzem lief der Zug 6433 von Köln nach Frankfurt im hiesigen Bahnhof beraubt ein. Aus einigen plombierten Wagen waren Mehl, Tabak, Wein, Kefel und Kaninchen geraubt. Eine sofort vorgenommene Durchsuchung der Abteile des Dienstpersonals ergab, daß der Zugführer und vier Rangierer den Raub ausgeführt hatten. Die Kölner Strafkammer verurteilte jeden der fünf Beamten zu 10 Monaten Gefängnis.

Uermischte Nachrichten.

— **Unterschlagungen bei einer Einkaufsgesellschaft.** Umfangreiche Unterschlagungen wurden bei der Rhein-Mosel-Einkaufsgesellschaft, die für die Kommunalverbände der Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier gebildet wurde, festgestellt. Angestellte der Gesellschaft sollen ohne Wissen der Direktion mit hohem Nutzen dunkle Geschäfte geschoben haben. Bisher sind elf Personen verhaftet.

— **Wucherische Kirchenpachtpreise.** Aus dem kirchengelegenen Anstrahl werden nach vorliegenden Pacht-ergebnissen Kirchenpachtpreise gemeldet, die geradezu erstaunlich sind. Für die diesjährige Kirchengemeinde wird das Zwei- bis Siebenfache der vorjährigen bereits sehr hohen Pachten bezahlt. In manchen Gütern wurde allein durch die Verpachtung der Kirchen ein höherer Betrag erzielt als die gesamte Pacht des Anwesens ausmacht; so z. B. beim Klostergut Dondorf, das im Jahre 1917 5000 Mark einnahm und jetzt 24000 Mark von der Gemeinde Berlin-Friedenau allein für Kirchen erhält.

— **Ausweiskarten mit Lichtbild für Musterungspflichtige.** Um Durchsichtereien bei den außertermintlichen Untersuchungen des Kriegereinsatzgeschäftes durch die Bezirkskommandos nach Möglichkeit zu unterbinden, hat der Kommandierende General des 19. Armeekorps angeordnet, daß Musterungspflichtige, die von den Bezirkskommandos zu außertermintlichen Untersuchungen befohlen werden, zwecks einwandfreier Feststellung ihrer Persönlichkeit außer dem Gestellungsbescheide und ihren Militärpapieren eine von den Polizeibehörden auszustellende Ausweiskarte

vorzulegen haben, die mit dem Lichtbild des Musterungspflichtigen (ohne Hut) versehen, von der ausstellenden Behörde abgestempelt sein und außerdem die eigenhändige Unterschrift des Musterungspflichtigen tragen muß.

Letzte Meldungen.

Tagesbericht der Obersten Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 12. Juni. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Artillerietämpfe wechselnder Stärke. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgefechte beschränkt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In schweren Kämpfen hat die Armee des Generals Hutier gestern den erwarteten zur Wiedereinnahme des Höhenrückens, südwestlich von Kogon geführten großen Gegenangriff mehrerer französischer Divisionen zum Scheitern gebracht. Unter schwersten Verlusten wurde der Feind auf seiner ganzen ungriffsfront von Le Ployon bis an den Jura zurückgeworfen. Seine in großer Zahl zum Einsatz gebrachten Panzerwagen liegen zertrümmert auf dem Kampffeld. Zwischen Mery und Beuoy, wo der feindliche Angriff an unserem Gegenstoß zerbrach, dauerten die erbitterten Kämpfe bis zur Dunkelheit an. Das weite Ufer der Oise nördlich der Mündung wurde vom Feinde gesäubert. Die Zahl der von der Armee eingebrachten Gefangenen, hat sich auf 13 000 erhöht. Der Verlust der Höhen südwestlich von Kogon zwang den Feind zur Räumung seiner Stellungen im Carlepon-Walde, auf dem Ufer der Oise. Dem weitenden Feinde stiegen wir über Carlepon und Cailles scharf nach, erreichte Kämpfe die Linie nördlich von Bailly-Tracy-le Val westlich Ramecel. Hartnäckig und ohne Opfer scheuend, setzte der Feind seine vergeblichen Angriffe nordwestlich von Chateau Thierry fort. Mehrfache Angriffe brachen hier blutig zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Das Ergebnis der 8. Kriegsanleihe.

Berlin, 11. Juni. (W. B.) Das Ergebnis der 8. Kriegsanleihe stellt sich nach Ablauf der Feldzeichnungsfrist (18. 5.) nunmehr auf

15 001 425 400 Mark.

Graf Burian in Berlin.

B. Berlin, 12. Juni. (Priv.-Telegr.) Graf Burian ist in Berlin eingetroffen und hat die Besprechung mit der deutschen Reichsleitung über den Ausbau und die Vertiefung des Bundesverhältnisses aufgenommen. Er gedenkt bereits Mittwoch Abend wieder nach Wien zurückzukehren.

U-Bootbericht.

Berlin, 11. Juni. (W. B. Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden neuerdings durch die Tätigkeit unserer U-Boote

10 500 Brl.

Handelschifftraumes vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Briefkasten der Schriftleitung.

D. R. Wir danken für Ihren Beitrag, den wir aber aus Gründen, die hier nicht öffentlich erörtert werden können, als „Eingefandt“ ablehnen müssen. Sollten Sie Ihre Meinung über die Theaterverhältnisse in anderer und wie wir annehmen richtiger Weise vertreten wollen, so empfehlen wir Ihnen ein Besuch bei dem Herrn Generaldirektor Feldsperer, der für alle Wünsche wie wir wissen ein offenes Ohr hat.

Kurhaus-Konzerte.

Mittwoch den 12. Juni:

Abends von 8¼ Uhr ab 1. Sondernkonzert. Verstärktes Orchester. Leitung: Herr Julius Schröder, Agl. Musikdirektor. 1. Leonoren-Overture Nr. 3, Beethoven; 2. Symphonische Dichtung, Das goldene Spinnrad, Dvorak; 3. Vorspiel zu Lohengrin, Wagner; 4. Vorspiel u. Liebestod aus Tristan und Isolde, Wagner; 5. Siegfrieds Rheinfahrt a. Die Götterdämmerung, Wagner.

Donnerstag, den 13. März 1918, von 8—9 Uhr an den Quellen. Leitung: Herr Konzertmeister Hude. 1. Choral, Eine feste Burg ist unser Gott, 2. Marsch, Feurig Blut, Vollstedt; 3. Ouverture zu Cagliostro in Wien, Strauß; 4. Walzer, An dich, Waldeufel; 5. Süßes Erinnern, Metter; 6. Polpourri aus Blaubart, Offenbach.

Nachmittags und Abends Militärkonzert von der Garnisonkapelle Homburg v. d. H. Leitung: Herr Urbach, Agl. Obermusikmeister. 1. Unser Deutschland, Marsch, Schwerzel; 2. Ouverture Jungfrau von Orléans, Kessel; 3. Frohsinn, Walzer, Waldeufel; 4. Romanze, Tschaikowski; 5. Ein Herz ein Sinn, Ländler für 2 Pflöcke, Schulte; 6. Ouverture, Die Entführung aus dem Serail, Mozart; 7. Steuernmannslied und Matrosenchor a. Der fliegende Holländer, Wagner; 8. Trenn eigen, Lyrisches Tonstück, Kadeke; 9. Im Sängerkreis, Lieberpotpourri, Stalla.

Abends von 8¼ bis 10 Uhr: 1. Kavallerie-Parademarsch, Röllendorf; 2. Lustspiel-Ouverture, Reimede; 3. Puppen-Walzer, Bayer; 4. Erinnerung an Jacques Offenbach, Ferras; 5. Rendez-vous-Intermezzo, Metter; 6. König Heinrichs Aufruf und Gebet a. d. Oper Lohengrin, Wagner; 7. Richard der Dritte, Ouverture, Titt; 8. Paraphrase über zwei beliebige Märlieder, Schreiner; 9. Lieblingslänge, Polpourri, Clarens.